

SPD-Bürgerschaftsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Bürgerschaftsfraktion
SPD Stadtverordnetenfraktion

Geschäftsstelle:
ZEB Bremerhaven
Friedrich-Ebert-Straße 10
27570 Bremerhaven

Bremerhaven, 23.3.2015

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Weidmann!

Haben Sie herzlichen Dank für die Zusendung der Wahlprüfsteine im Bereich Bildung, die sie uns im Vorfeld zu den bevorstehenden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zur Bremischen Bürgerschaft zugesandt haben.

Als rot-grüne Koalition haben wir uns entschlossen, Ihre Fragen gemeinsam zu beantworten, so dass Sie mit diesem Schreiben Antworten sowohl bezogen auf die Landesentscheidungen als auch auf die kommunalen Maßnahmen erhalten.

Darüber hinaus stehen wir gerne für weitere Nachfragen und Diskussionen zur Verfügung und verbleiben bis auf weiteres

mit freundlichen Grüßen

Sybille Böschen, MdBB
Sülmez Dogan, MdBB
Karsten Behrenwald, Sprecher Schulausschuss

Stellungnahme zu den Forderungen des ZEB

In seinem Schreiben fordert der ZEB

- die Haushaltsmittel für 170 Stellen zusätzlich bereitzustellen
- die Mittel für Lern- und Lehrmittel deutlich aufzustocken
- die drastische Aufstockung der Mittel für die Durchführung der Inklusion an allen Schulstufen
- die zügige Weiterführung der Sanierungen an den Schulen
- weitere qualitativ hochwertige Ganztagschulen
- Mittel für 65 zusätzliche Stellen, um den in unserer Stadt lebenden Flüchtlings- und Zuwanderungskindern eine zukunftsorientierte Bildung zuteil werden zu lassen

Hierzu antworten SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in der ablaufenden Wahlperiode sowohl auf der Landesebene als auch in der Stadt Bremerhaven die Bildungspolitik zu einem Schwerpunkt ihrer Regierungsarbeit gemacht:

- Die Zahl der Lehrerstellen wurde im laufenden Doppelhaushalt festgeschrieben, um die Oberschulreform abzusichern.
- Durch Übernahme der bis dahin vom Bund getragenen Kosten für ca. 20 SchulsozialarbeiterInnen durch die Stadt Bremerhaven konnten diese Stellen dauerhaft abgesichert werden.
- Durch die Übernahme von 26 pädagogischen Zusatzkräften in den städtischen Haushalt konnten Lehrerstellenbesetzungen in gleicher Höhe durchgeführt werden.
- Ein Landesprogramm für Schulsozialarbeit ermöglicht in Bremerhaven die Einstellung von SozialpädagogInnen erstmals auch für die berufsbildenden Schulen.
- Die Grundschulbildung wird durch ein unbefristetes Sonderprogramm "Sprachbildung" gestärkt, für das jährlich rund 600.000 Euro zur Verfügung stehen.
- Der Vertretungspool für Lehrkräfte wurde um 13 Stellen auf insgesamt 38 Stellen aufgestockt – das entspricht rund einer Vollzeitstelle pro Schule.
- Mit der Gorch-Fock-Schule, der Amerikanischen Schule und der Oberschule Carl von Ossietzky wurden in der laufenden Wahlperiode drei Schulen zu gebundenen Ganztagschulen ausgebaut. Der Schulausschuss hat ein Ausbauprogramm für Ganztagschule für die kommenden 10 Jahre beschlossen, mit der das Ziel verfolgt wird, in jedem Stadtteil wenigstens eine Grundschule zur Ganztagschule auszubauen und sowohl nördlich als auch südlich der Geeste jeweils eine weitere Oberschule zur Ganztagschule auszubauen.
- Schon jetzt wurden dank zusätzlicher Landesmittel die Kapazitäten an offenen Ganztagschulen um rund 140 Plätze erweitert.

- Die Werkstattschule erhielt angesichts des enormen Sanierungsbedarfs ihrer bisherigen Räume im Haus des Handwerks neue Räumlichkeiten.
- Um die provisorische Containerlösung im Schulzentrum Geschwister Scholl abzulösen, haben wir eine Neubauplanung auf den Weg gebracht. Für die kommende Wahlperiode streben wir ein Sanierungsprogramm an, das dem Sanierungsstau dauerhaft begegnen soll. Hierzu wollen wir auch alternative Finanzierungsmodelle prüfen.
- Für Geestemünde ist ein übergreifendes Bildungsprojekt in Planung, das Kita, Grund- und Oberschule beinhaltet.
- Trotz schwieriger Haushaltslage in Bremerhaven sind die Selbstbewirtschaftsmittel der Schulen (darunter auch Lehr- und Lernmittel) von pauschalen Kürzungen ausgenommen worden. Zusätzliche Mittel in sechsstelliger Höhe fließen in die Lernfeld-Entwicklung der berufsbildenden Schulen.
- Eine externe Evaluation der Obeschulreform soll Erkenntnisse über den Stand der Reform, Perspektiven und Bedarfe als Grundlage weiterer Entscheidungen auf der Landesebene liefern.
- Eine berufsbegleitende Qualifizierung für SeiteneinsteigerInnen im Lehramt soll deren pädagogische Kompetenzen stärken und so die Gewinnung von Fachkräften in Mangelfächern voranbringen.
- Wir haben die Sprachförderung für Zuwanderer und Flüchtlinge konzeptionell weiter entwickelt. An den Grundschulen werden für diese Aufgabe inzwischen Lehrerstellen eingerichtet, und durch eine Steuerung der Aufnahme an den verschiedenen Oberschulen wird die Integration künftig erleichtert. In so genannten Willkommenskursen werden die Kinder auf den Schulbesuch vorbereitet.
- Dank eines Landesprogramms für die Sprachförderung von Zuwanderer- und Flüchtlingskindern konnte die Stadt Bremerhaven zusätzliche Vorbereitungsklassen und Sprachförderkurse einrichten. Im laufenden Jahr erhält Bremerhaven für diese Aufgabe insgesamt 600.000 Euro an zusätzlichen Landesmitteln.
- Mit der Ausbildungsgarantie und der Zusammenführung von Berufsorientierung und Ausbildungsvorbereitung in der Jugendberufsagentur – ebenfalls durch zusätzliche Mittel des Landes finanziert – werden die Voraussetzung für die effektive Verzahnung des Übergangs von Schule und Beruf geschaffen.

Wir halten diese bedarfsorientierten Maßnahmen, mit denen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Land und in der Stadt Bremerhaven auf konkrete Herausforderungen der Schulentwicklung reagieren, insgesamt für zieführender als pauschale Forderungen mit undefinierter Berechnungsgrundlage. Mehr geht immer – aber angesichts der angespannten Haushaltslage des Landes und der Stadt sind wir besonders stolz darauf, dass es in den zurückliegenden Jahren gelungen ist, die vorgenannten Maßnahmen umzusetzen und damit die Unterrichtsversorgung und -entwicklung nachhaltig zu stärken und zu verbessern.

- **Wie wollen Sie sicherstellen, dass ausreichend Landesmittel in Bremerhaven ankommen?**

In der zu Ende gehenden Wahlperiode wurden in einem umfangreichen Verfahren die bisherige Zuweisungspraxis und die Verwendung der Lehrerstellen durch das Land in Bremen und Bremerhaven ermittelt. Auf dieser Grundlage wird derzeit eine für beide Stadtgemeinden geltende Zuweisungsrichtlinie erarbeitet, die eine nachvollziehbare und an den tatsächlichen SchülerInnenzahlen und anerkannten Bedarfen orientierte

Zuweisung von Lehrerstellen für den Unterricht, die Schulleitungen, zusätzliche Förderbedarfe, Vertretungsunterricht und besondere Projekte gewährleisten soll. SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN unterstützen diesen Prozess, weil wir hierin die notwendige Voraussetzung sehen, um den Schulen in Bremen und in Bremerhaven eine verlässliche und auskömmliche Planungsgrundlage zu geben und dadurch die Schulentwicklung abzusichern.

- **Wie beabsichtigen Sie, den Unterrichtsausfall zu beseitigen?**

Die rot-grüne Koalition in Bremerhaven hat beschlossen, die Vertretungsreserve von bislang 25 auf insgesamt rund 38 Vollzeitstellen aufzustocken. Dies wurde möglich, weil die Landesregierung der Stadt Bremerhaven künftig jährlich knapp 1,4 Mio. Euro zusätzlich für den Bildungsbereich zur Verfügung stellt.

Damit kann eine deutliche Verbesserung der Vertretung insbesondere von längerfristig erkrankten Lehrkräften gewährleistet werden. Ein zwischen der Verwaltung und Schulleitungen abgestimmter Vertretungspool soll einen möglichst flexiblen Einsatz von Vertretungskräften organisieren. Da es immer schwieriger wird, qualifizierte Vertretung auf Honorarbasis zu beschäftigen, werden inzwischen Festverträge abgeschlossen, wodurch die Tätigkeit als Vertretungslehrkraft aufgewertet wird.

Zur Verringerung von Unterrichtsausfall haben die Schulen selbst jedoch bereits viele Schritte unternommen, etwa durch die Festlegung von gemeinsamen Zeitfenstern für Klassenfahrten und Praktika. Auch die Durchführung von innerschulischen Veranstaltungen, Fortbildungen usw. wird im Hinblick auf die weitgehende Vermeidung von Unterrichtsausfall gestaltet und im Einzelfall mit den Elternbeiräten der Schulen abgestimmt.

Eine vollständige Beseitigung von Unterrichtsausfall ist allerdings unrealistisch, da beispielsweise jahreszeitbedingte Erkrankungen ("Grippewelle") auch bei bestmöglicher Ausstattung einer Vertretungsreserve nicht vollständig aufgefangen werden können. Unsere Maßnahmen zielen aber auf eine erkennbare Verringerung des Unterrichtsausfalls ab.

- **Wie wollen Sie die Inklusion in den Schulen verbessern?**

In der Bildung kommt es auf den Anfang an. Entsprechend haben SPD und BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN sich darauf verständigt, die Grundschulen in ihrer Arbeit deutlich zu stärken. Zur Durchsetzung eines Sprachbildungskonzepts, das die schriftsprachliche und die Lesekompetenz aller Kinder nachhaltig verbessern soll, werden den Grundschulen künftig jährlich ca. 600.000 Euro für zusätzliche Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Ziel ist es, Lerndefizite von Beginn an auszugleichen, damit sie den Bildungserfolg des Kindes nicht dauerhaft beeinträchtigen.

Zur weiteren Ausgestaltung der Inklusion und ihrer Personalbedarfe hat die rot-grüne Koalition das Schulamt bei der Durchführung einer umfangreichen Qualifizierung von SonderpädagogInnen unterstützt und hierfür die notwendigen Gelder – insgesamt rund 300.000 Euro - bereitgestellt. Innerhalb dieses Programms wurden 40 zusätzliche SonderpädagogInnen ausgebildet und an den Oberschulen eingesetzt.

SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stehen zu der im Schulentwicklungsplan festgeschriebenen personellen Ausstattung der Oberschulen. Wir halten es allerdings für

notwendig, darüber hinaus insbesondere für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler Förder- und Unterstützungsangebote zu entwickeln, um sie in der Regelschule zu stabilisieren und ihnen einen erfolgreichen Bildungsweg in der inklusiven Schule zu ermöglichen. Dabei werden im Einzelfall auch immer befristete schulersetzenende Maßnahmen notwendig sein, die entsprechend abgesichert sein müssen.

- **Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarfen die Ihnen zustehenden Förderungen erhalten und besonders begabte Schülerinnen und Schüler gefördert und gefordert werden?**

Der Aufbau der inklusiven Schule erfordert eine neue Aufgabenbeschreibung für Regellehrkräfte, Sonder- und SozialpädagogInnen. Die Oberschulen sind in der Ausgestaltung ihres Personalmix weit vorangekommen, allerdings benötigen sie bei der Entwicklung individualisierter Unterrichtskonzepte noch weitere Unterstützung.

Das Lehrerfortbildungsinstitut leistet mit seinen Fach-Werkstätten eine wichtige Arbeit, aber darüber hinaus unterstützen SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN das Ziel einer externen, wissenschaftlichen Begleitung der Oberschulreform, um die bisher entwickelten und erprobten Konzepte der Schulen auszuwerten, zu vergleichen und daraus Schlussfolgerungen für eine erfolgreiche Unterrichtsgestaltung zu entwickeln, bei der die Schülerinnen und Schülern aller Leistungsniveaus die bestmögliche Förderung erhalten.

- **Wie wollen Sie sicherstellen, dass Sonderpädagogen nicht als Vertretungslehrer eingesetzt werden müssen?**

SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erwarten von der Schulverwaltung eine klare Vorgabe über den Einsatz von SonderpädagogInnen in den Schulen. Wir verstehen und erkennen an, dass die Schulen bemüht sind, Unterrichtsausfall nach Kräften zu vermeiden, aber die SonderpädagogInnen sind nicht die Krankenreserve einer Schule. Dabei ist es für uns selbstverständlich, dass Lehrkräfte und SonderpädagogInnen, die in Doppelbesetzung in einem Fach bzw. einer Klasse eingesetzt sind, sich im Krankheitsfall gegenseitig vertreten und den Unterricht dann allein erteilen. Bei längerfristigem Ausfall eines/einer SonderpädagogIn muss hier jedoch der Vertretungspool des Schulumtes für einen Ersatz sorgen, damit die Förderung der Schülerinnen und Schüler fortgesetzt werden kann.

- **Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Qualität des Unterrichts an den Schulen zu verbessern?**

Die Oberschulreform mit ihrer Veränderung der Schulstruktur ist im Kern ein Projekt der Unterrichtsentwicklung. Der gemeinsame Unterricht für Kinder unterschiedlicher Leistungsniveaus erfordert eine veränderte Unterrichtskonzeption, in der die individuellen Stärken und Schwächen des Kindes Grundlage der Unterrichtsgestaltung sind. SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN unterstützen, dass zur verbesserten Erfassung der Kompetenzen des einzelnen Kindes die herkömmlichen Notenzeugnisse durch Lernentwicklungsdokumentationen abgelöst wurden. Diese geben im Detail Aufschluss über das, was ein Kind gelernt hat – oder noch lernen muss.

Insbesondere Lehrkräfte, die noch unter den traditionellen Bedingungen der Stufenschule

ausgebildet wurden, benötigen Hilfestellungen für die Neuausrichtung des Unterrichts. Mit dem städtischen Lehrerfortbildungsinstitut haben wir in Bremerhaven eine gut aufgestellte Einrichtung, die den notwendigen Fortbildungsbedarf ermittelt und durchführt. Weitere Aufschlüsse über die Unterrichtsentwicklung erhoffen wir uns durch die externe Evaluation der Schulreformprozesses (s. oben).

Allerdings benötigt die Schulentwicklung auch qualifizierte Leitungen in den Schulen. SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN begrüßen daher, dass die vielen neuen Schulleitungen in Bremerhaven inzwischen berufsbegleitend weitergebildet werden.

- **Wie wollen Sie den Standort Bremerhaven für künftige Arbeitnehmer im Bildungsbereich attraktiver machen?**

Der Fachkräftemangel ist keine auf den Bildungsbereich beschränkte Herausforderung und erfordert daher eine Gesamtstrategie des Stadtmarketings. SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN begrüßen, dass die BIS hierfür zu Jahresbeginn ein Konzept auf den Weg gebracht hat. Wir sind sicher, dass Bremerhaven mit seiner hervorragenden Infrastruktur in den Bereichen Kultur, Soziales, Bildung, Sport und Freizeit Neubürgerinnen und Neubürgern hohe Lebensqualität bieten kann, die entsprechend offensiv vermarktet werden muss.

Daneben ist die Schaffung attraktiven Wohnraums weiterhin eine zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung. Was die Anwerbung und Begleitung junger Lehrkräfte angeht, unterstützen wir die Bemühungen der Schulverwaltung, über gezielte Kampagnen, Internetauftritte und Kooperationsprojekte (z.B. mit der Universität Bremen) die Sichtbarkeit des Bremerhavener Schulwesens als Arbeitsplatz zu erhöhen und die Attraktivität Bremerhavens zu unterstreichen. Daneben halten wir auch in diesem Bereich eine enge Abstimmung zwischen der Landesebene und der Stadt Bremerhaven für notwendig, insbesondere für die Abdeckung der Personalbedarfe in den Mangelfächern und der beruflichen Bildung.

- **Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Wunsch berufstätiger Eltern nach Ferienbetreuung nachzukommen?**

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben eine flächendeckende Ferienbetreuung auf Stadtteilebene an. Zur Organisation eines entsprechenden Angebots halten wir eine Kooperation von Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe (Kinderhort, Freizeitstätte) und weiterer Partner (z.B. Sportvereine) für geboten. Auf dieses Ziel haben wir uns in einem gemeinsamen Antrag verständigt, den die Stadtverordnetenversammlung zeitnah beschließen soll.

- **Wie soll Ihrer Meinung nach die Bildungslandschaft in 10 Jahren aussehen?**

In zehn Jahren werden wir, ausgehend von der schon jetzt vorbildlichen Gestaltung der Übergänge zwischen Kindertagesstätte und Grundschule, auch die Übergänge zwischen den Grund- und weiterführenden Schulen verlässlich gestaltet haben, um Brüche in der Bildungslaufbahn der Kinder und Jugendlichen zu vermeiden.

Der Inklusionsauftrag ist selbstverständliche Grundlage des Schulsystems. Die Oberschulen und das Lloydgymnasium in Bremerhaven werden ihre bereits jetzt in Ansätzen erkennbaren Profile und Konzepte auch mit Unterstützung der Elternschaft weiter ausgeprägt haben. Eltern und SchülerInnen schätzen die klare, nachvollziehbare

Schulstruktur auf Stadtteilebene und die Wahlmöglichkeiten zwischen Schulen mit fachlichem und/oder pädagogischem Profil, jahrgangsübergreifenden Lerngruppen, Ganztagschulen usw.

Angesichts immer weiter ausgereifter individueller Förderkonzepte, für das ein enges Netz pädagogischer Kräfte verschiedener Fachrichtungen die Verantwortung trägt, sorgt die Oberschule für eine verbesserte Bildungsbeteiligung insbesondere der Kinder aus benachteiligten Verhältnissen, ohne dabei die Leistungsspitze zu vernachlässigen. Hierbei werden die Schulen durch die flexible Beratung und Begleitung der Jugendberufsagentur Bremerhaven unterstützt, die sich im Rahmen ihres Auftrags "Niemand bleibt zurück" um eine passgenaue Vermittlung von Jugendlichen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kümmert.